

Lernen – Helfen – Leben e.V.

Achtern Diek 12, D 49377 Vechta,

☎ 04441-81343 - ✉ 04441/854920

Mail: info@l-h-l.org Web: www.l-h-l.org

Dr. Paul Krämer, Schoppmannweg 6, 59494 Soest, Tel.

02921-80523, Mail: p.kraemer@p.kraemer.soest@t-online.de



Herrn Hartwig Fischer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ihre Anfrage an die Deutsche Botschaft in Nigeria

„Export von Holzsparöfen nach Nigeria“

Soest, 08.04.2009

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Fischer,

Ihr Büroleiter, Herr Niestroj, hat unserem Verein die Antwort der Deutschen Botschaft auf Ihr Schreiben vom 17.12.2009 zugeleitet. Demnach erlaubt die derzeitige Rechtslage keine zollfreie Einfuhr der Holzsparöfen.

Dazu nehme ich wie folgt Stellung:

Eine Berücksichtigung sozial- und umweltrelevanter Gesichtspunkte bei der Festsetzung von Zolltarifen wird auch von kompetenten nicht-staatlichen Stellen in Nigeria gefordert:

“Another element of the policy framework is the creation of innovative fiscal and market incentives to encourage the renewable energy technology supply industry. Fiscal incentives will include preferential customs duty exemption for imported renewable energy technology components, tax credits, capital incentives and opportunities for long term preferential loans. In the short-term, the Renewable Energy Master Plan proposes a moratorium on import duties for renewable energy technologies” (Renewable Energy Master Plan, ICEED, <http://www.icednigeria.org/REMP%20Final%20Report.pdf>).

Die Regierung Nigerias hat eine Reihe von internationalen Abkommen unterzeichnet, z. B. das Kyoto-Protokoll, die Biodiversitätskonvention (CBD), die „Convention to Combat Desertification“ (UNCCD) und hat eine Strategie zur Armutsbekämpfung vorgelegt (PRSP, in Nigeria NEEDS, d.h. „Economic Empowerment and Development Strategy“ genannt). Damit hat sich das Land zur Unterstützung der Ziele dieser Abkommen verpflichtet.

Nigeria strebt auch offiziell die Millennium Development Goals (MDGs) an. Schließlich haben nigerianische Regierungsstellen mehrfach um Hilfe bei der Anpassung an den Klimawandel gebeten. Unser Projekt und die geplanten Nachfolgeprojekte sind eine solche Hilfe zur Anpassung.

Während andere aber Länder diese Unterstützung durch finanzielle Anreize (incentives) für einschlägige Projekte konkretisieren, werden diese in Nigeria durch hohe Zölle und andere Gebühren geschwächt bzw. unmöglich gemacht, d. h. hier haben wir es mit „fiscal disincentives“ zu tun. Die Abläufe in den beiden Häfen von Lagos und beim Zoll sind undurchsichtig und riechen nach Korruption. Auch legal eingeführte Container riskieren, nicht an ihre Adressaten ausgeliefert und nach längerer Lagerzeit durch den Zoll versteigert zu werden. Von deutscher Seite werden diese Zustände nicht mit dem nötigen Nachdruck angesprochen. So hat das Bundespräsidialamt es trotz unserer Bitte abgelehnt, den Bundespräsidenten mit dem Thema zu befassen.

Diese Weigerung wirkt wie eine Illustration zu der vom BMZ in Auftrag gegebenen Studie von Ulf Engel und Jenny Kuhlmann „Entwicklungszusammenarbeit mit Nigeria – eine Ana-

lyse aus der Ankerlandperspektive“: „Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Nigeria werden dem spezifischen Anspruch, wie er mit einer Ankerlandperspektive verbunden ist, in keiner Weise gerecht. Wenn die vom DIE1 formulierte Position zu Grunde gelegt wird, dass die EZ mit Ankerländern nicht nur an der entwicklungspolitischen Wirkung gemessen werden muss, sondern darüber hinaus auch daran, ob das Partnerland substantielle Eigenleistungen erbringt (Subsidiarität), ob ferner ein Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Strukturprobleme erbracht wird, der positiv auf die Region des westlichen Afrika ausstrahlt, und ob schließlich im Rahmen einer gleichberechtigten Partnerschaft mit Deutschland die Zusammenarbeit auch in beiderseitigem Interesse ist, dann liegt nahe, dass das gesamte Portfolio der EZ, aber auch die Aufstellung anderer Politikbereiche, diesen Ansprüchen nicht genügt – allein weil hierfür die entsprechenden Mittel nicht bereitgestellt werden und weil der Politikdialog nicht systematisch und ohne ausreichende symbolische Aufwertung geführt wird (z.B. hinsichtlich der Frequenz von Gesprächen und des Status der beteiligten deutschen Gesprächspartner). Von den Voraussetzungen für die Begründung einer strategischen Partnerschaft mit Nigeria ist die Bundesrepublik daher weit entfernt“ (DIE Discussion Paper 13/2007, Seite.33),

[http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ADMR-7BRH7L?Open&nav=expand:Publikationen;active:Publikationen\ADMR-7BRH7L](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ADMR-7BRH7L?Open&nav=expand:Publikationen;active:Publikationen\ADMR-7BRH7L) .

Die Autoren der genannten Studie schließen, dass die Frage ob es gelingt, die MDGs (insbesondere MDG 1 „Poverty Reduction“ und MDG 7 „Environmental Stability“) in Westafrika zu realisieren, in Nigeria entschieden wird.

Nach dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten vom November 2008 sowie der 4. Konferenz „Partnerschaft mit Afrika“ in Abuja wird erkennbar, dass auch die vom BP verkündete Energie-Partnerschaft mit Nigeria einseitig auf die Lieferungen von Gas und Öl in Richtung Europa ausgerichtet ist, wie aus Veröffentlichungen z.B. in der taz und im Dow Jones Business Newsletter hervorgeht (<http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/gas-gegen-wissen/> und http://www.djnewsletters.de/news/article_detail.php5?bnllid=1010288&productid=35).

Diese „Partnerschaft“ wird den Erwartungen der Zivilgesellschaft in beiden Ländern nicht gerecht.

Unsere Bemühungen zielen nicht auf eine Einzelfall- oder Ausnahmeregelung ab um eine zollfreie Einfuhr von Holzsparröfen zu erreichen, sondern auf eine Änderung der aktuellen Rechtslage selbst im Sinne von mehr Konsistenz und „Guter Regierungsführung“ zu erreichen. Ein mündliches Vorsprechen von Botschaftsangehörigen im Finanzministerium ist daher nicht ausreichend.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Krämer

(Dr. Paul Krämer DTPH, Mitglied des Vorstands von Lernen – Helfen – Leben e.V.)

¹ Deutsches Institut für Entwicklungspolitik